NEUES FORUM BULLETIN

Nr. 24 1. 6. 1993

INHALT:

Prerow vor der Wahl

oder: Das NEUEN FORUM muß Kuckuckseier ausbrüten

Wenn ein Tiger einen Kuckuck um Hilfe ruft, dann handelt es sich bei dem Schmarotzer mit Sicherheit um ein auserwähltes Mitglied seiner Art, vielleicht sogar um einen gewählten Vertreter. Welche Strukturen hinter dem Verhalten des Tigers stecken, erläutert Dankwart Kirchner in diesem Heft. Es geht um Macht und Verantwortung, und darum geht es mit Sicherheit auch auf dem Bundesforum in Prerow. Grund genug, sich mit dem Für und Wider einer Kandidatur des NEUEN FORUM zu befassen. Mit ihrem Pro-&-Contra „Wahlen" eröffnen Bärbel Bohley und Sven Lüders eine neue Rubrik im „Bulletin".

Wieder einmal machte das Landesforum Thüringen Schlagzeilen in der Presse. Der Beschluß, zu den Landtagswahlen unabhängig von den Grünen mit einer offenen Liste anzutreten, brachte Zulauf neuer Mitglieder, aber auch heftigen Protest: Ein Landessprecher ist aus dem NEUEN FORUM ausgetreten. Da beim bisherigen Umfang des „Bulletin" für jeden Landesverband nur eine Seite zur Verfügung steht, war kein Platz mehr für den zweiten Medienknall des Monats. Matthias Büchner hat seinen Finanzminister angezeigt, weil niemand dessen Haushalt ordnungsgemäß überprüfen kann. Dazu nächstes Mal mehr.

Der Kuckuck legt seine Eier in fremde Nester, und keiner weiß warum. Es gibt eine Theorie, die besagt: In grauer Vorzeit war der Kuckuck anderen Vögeln in der Nahrungskonkurrenz unterlegen und muß sich seitdem mit schwer verdaulichem Futter begnügen. Diese harten Brocken konnten die frische Brut des Kuckucks nicht verzehren, darum wurde der Vogel zum Schmarotzer. Unter den Menschen ist das anders: Die Überlegenen Westpolitiker legen den Menschen in den neuen Bundesländern ihre faulen Eier ins Nest. Die Folge: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Identitätsverlust — ein weiteres Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

Hinter der Bonner Vereinigungspolitik steckt die Methode, die Rechte der Stärkeren auf Kosten der Schwächeren zu festigen. Solidarisches Handeln und basisdemokratische Strukturen wollen wir dem entgegen. Diese Forderung bleibt aber eine rein ideologische Sprachhülse, wenn wir nicht immer wieder prüfen, ob wir sie auch innerhalb der eigenen Strukturen einhalten. Ob wir diese Widersprüche aushalten und ob wir anderen Parteien unsere Kuckuckseiner ins Nest legen müssen, wird das Bundesforum in Prerow zeigen. Die Ergebnisse von Prerow werden Schwerpunktthema der Sommerloch-Ausgabe sein.

Christian Sternberg

Herausgeber: Bundeskoordinierungsbüro Berlin, 10117 Berlin, Friedrichstraße 165 **Redaktion:** Christian Sternberg, Telefon: 2 29 25 46 **Fax:** 2 29 23 51
Satz: Petra Witte **Druck:** Alpdruck, Berlin-Pankow, Tel. 030/482 42 65

Auftrag nicht erfüllt

Wolfgang Ullmann aus der Verfassungskommission zurückgetreten

Der Bundestagsabgeordnete des Bü 90 Dr. Wolfgang Ullmann hat am 6. Mai seine Arbeit in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag seine Arbeit eingestellt. Zur Begründung führt er an:

1. Die Planung für die noch verbleibende Arbeitszeit der Gemeinsamen Kommission zwingt zu dem Schluß, daß sie die ihr vom 5. Artikel des Einigungsvertrags gestellte Aufgabe in keinem der vier dort genannten Felder lösen und erfüllen wird. Damit bleibt ein schwerwiegendes Demokratiedefizit des deutschen Einigungsprozesses unausgeräumt. Ich bin nicht bereit, die Verantwortung hierfür weiter mitzutragen.

2. Als Abgeordneter, der auf einer sächsischen Landesliste gewählt worden ist, habe ich meine Arbeit in der Gemeinsamen Kommission immer als ein Einstehen für die Selbstbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in den Ostländern gesehen. Ich habe vor den einschlägigen Entscheidungen stets darauf hingewiesen, daß sie eine Stellungnahme zu den Demokratie-Erfahrungen und -Vorstellungen, die sich aus der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ergeben haben, enthalten und in diesem Sinn auch verstanden werden. Daß dies auf die Ergebnisse der Kommissions-Arbeit keinerlei Einfluß hatte, kann ich meinen Wählern gegenüber weder vertreten noch ihnen vermitteln.

3. Als Gründungsmitglied der gesamtdeutschen Bürgerinnen- und Bürgerinitiative „Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder" kann ich nicht von den Maßstäben abstrahieren, die dieses Kuratorium durch seine Verlautbarungen und Aktivitäten gesetzt hat. Die Tatsache, daß die in der letzten Kommissionssitzung bekannt gemachten, in die Hunderttausende gehenden Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern keinerlei feststellbaren Einfluß auf Agenda und Ergebnisse der Kommission gehabt haben, steht in einem unüberbrückbaren Widerspruch zu den Vorstellungen von Bürger- und Bürgerinnen-Demokratie, wie ich sie im Rahmen des Kuratoriums vertreten habe und vertrete.

Zusammengenommen lassen diese Feststellungen keine andere Schlußfolgerung zu als die, die ich eingangs gezogen habe. Ich bedaure das, weil ich den Kolleginnen und Kollegen, auch den Mitgliedern der Bundesregierung, für vieles zu danken habe, was ich in der gemeinsamen Arbeit gelernt habe.

Ausschuß will ablenken

KoKo-Ausschuß will Ingrid Köppe mundtot machen

Bundeskoordinierungsrat des NEUEN FORUM protestiert gegen beabsichtigte Zeugenvernehmung Ingrid Köppes:

Das NEUE FORUM protestiert gegen den Versuch, seine Bundestagsabgeordnete Ingrid Köppe aus dem Bonner KoKo-Ausschuß auszuschließen. CDU und FDP verlangen die Vernehmung der Abgeordneten des NEUEN FORUM. Anlaß bildet ein Bericht der „Berliner Morgenpost", nach dem die ehemaligen Stasi-Offiziere Jörg Seidel und Klaus Eichner der Abgeordneten Material zugespielt haben sollen. Dieser Bericht ist umgehend von beiden Seiten dementiert worden. Entgegen seinem Untersuchungsauftrag soll der Ausschuß jetzt die Richtigkeit von Presse-Artikeln überprüfen. Als geladene Zeugin wäre Ingrid Köppe kein Ausschußmitglied mehr und dürfte an der Ausschußarbeit nicht mehr teilnehmen.

Die Mitglieder des NEUEN FORUM Ingrid Köppe und Reinhard Schult sind im vergangenen Jahr an die Vertreter des sogenannten Insider-Komitees Klaus Eichner und Jörg Seidel herangetreten, um sie über die Arbeit von CIA und BND in der DDR zu befragen. Die beiden konnten außer ein paar Gerüchten nichts zur Aufklärung dieser Frage beisteuern: Sie mußten zugeben, daß die Unterstellung, die DDR-Opposition sei von westlichen Nachrichtenoffizieren geführt worden, jeglicher Grundlage entbehrt. Nach dem dritten Treffen mit Eichner und Seidel wurden die Gespräche abgebrochen. Geblieben ist der Eindruck: Die ehemaligen Stasi-Offiziere haben das gleiche Interesse wie CDU, SPD und FDP im Bonner KoKo-Ausschuß: das Vertuschen geheimdienstlicher Arbeit an sich und der Tätigkeit westlicher Geheimdienste im besonderen.

Ingrid Köppe ist die einzige Abgeordnete, die dafür sorgen kann, daß der Untersuchungsausschuß nicht zu einem Vertuschungsausschuß verkommt. Sie verfolgt im Ausschuß unter anderem das Ziel aufzudecken, wie weit westliche Geheimdienste in die Schiebereien der KoKo verstrickt waren. Am Beispiel des Kunst- und Antiquitätenhandels konnte auf Grund ihres Engagements aufgedeckt werden: Westliche Agenten haben mitgewirkt, daß Leuten im Osten Antiquitäten abgepreßt wurden. Die Bestohlenen sind dafür auch noch in den Knast gekommen. Welchen Sinn haben Geheimdienste, die Straftaten begehen oder zumindest decken? Doch statt solche Fragen zu beantworten, will die Mehrheit im Ausschuß die einzige Abgeordnete, die solche unbequemen Fragen stellt, mundtot machen.

NEUES FORUM
Für den BKR:
Hagen Arnold, Heidi Bohley, Dagmar Hertneck, Dieter Kohl, Max Raudszus, Reinhard Schult

Verantwortung und Macht

Gegenrede zu „Das NEUE FORUM sollte ... Verantwortung ... übernehmen, aber nicht die Macht."

„Wer als Frau Macht hat, muß mit Liebesentzug rechnen ... Wer sich ... entschließt, seine Fähigkeiten offen zu nutzen, selbständig Entscheidungen zu fällen, für Veränderungen bei sich und anderen zu kämpfen, seine Angst vor notwendigen Aggressionen zu überwinden, muß seine masochistische Unschulds- und Vorwurfshaltung aufgeben." (Margarete Mitscherlich)

Machtbedürfnisse
Es darf keiner und keinem erspart bleiben, sich mit dem Phänomen Macht auseinanderzusetzen. Es leuchtet sofort ein, sich vor Macht und Machtansprüchen zu hüten, wenn darunter allein Staatsmacht und Machtapparat, Machtgelüste und Machterhalt um jeden Preis gemeint sind. Trotzdem dürfen uns die Pervertierungen der Macht nicht davon abhalten, uns mit dem menschlichen Phänomen Macht und Befriedigung von Machtbedürfnissen auseinanderzusetzen.

LERNT DAS MACHTVERGNÜGEN VON EUREN KINDERN!

Laßt sie beim nächsten Geburtstag STOPP spielen! Ein Kind sagt während des gemeinsamen Essens „Stopp!", und alle anderen müssen in ihrer Pose verharren. Das Befehlen macht Spaß. Auch die, denen befohlen wird, befriedigt die Machtausübung anderer. Es besteht Einverständnis zwischen allen Beteiligten. Diese Lust an der Macht bleibt, wird aber im Alter zumeist als Ärger wahrgenommen, wenn von uns Abhängige nicht machen wollen, was wir ihnen auftragen: Abwaschen, Termine einhalten, Beiträge bezahlen.

Immer gibt es Wesen, denen gegenüber wir Macht haben, Macht ausüben und Machtbedürfnisse befriedigen. Oft werden diese Machtverhältnisse erst bewußt, wenn sie sich zu unseren Ungunsten verändert haben: Das Kind widerspricht, der Hund pinkelt auf den Teppich, das Auto springt auch nach der Durchsicht nicht an.

Ausgrenzung
Alle Ansammlungen von Menschen bilden mit der Zeit eine Struktur aus: Die Sprache wird aufeinander abgestimmt, über Normen werden Absprachen getroffen, auf einige Leute wird mehr gehört als auf andere. Wieder anderer anzuhören, läßt ungeduldig werden. Alle, die akzeptable Vorschläge machen, fühlen sich wohler als diejenigen, deren Vorschläge abgelehnt werden oder gar massiven Widerspruch ernten.
Die Ansammlung von Menschen wird zur Gruppe, kann Gruppe bleiben, wenn ein hinlängliches Maß an gegenseitiger Akzeptanz, ja Identifikation besteht. Vor allem diejenigen, die die Sprecher oder Abgeordneten-KandidatInnen, wählten, müssen sich mit der Minderheit der Repräsentanten identifizieren können. Die RepräsentantInnen ihrerseits wurden mit der Macht ausgestattet, für andere zu sprechen und zu entscheiden.
Jede Gruppe lebt nicht nur von ihren Außenkontakten, sondern auch von denen, die in die Gruppe (neu) integriert werden und sich integrieren lassen: Sprachregelungen und Verhaltensnormen werden neu geregelt, Strukturen überprüft und geordnet. Dabei sind die Normen der alten Gruppenmitglieder gewichtiger als die neuen. Wird kein Kompromiß zwischen alten und neuen gefunden, müssen sich im allgemeinen die neuen der Macht der alten unterwerfen. Somit haben auch alle, die scheinbar keine Macht in der Gruppe durch Wahlfunktion haben, teil an der Gruppenmacht. Diese Partizipation an der Macht wahrzunehmen, ist unbedingt erforderlich. Dadurch können Gruppenkonflikte vermieden werden. Mit der Macht einher geht auch immer die Angst vor Machtverlust, die Befriedigung der Bedürfnisse nach Macht oder die Frustation bei ausbleibender Machtbedürfnisbefriedigung.
Es verharmlost das Problem, wenn die Verdrängung neuer oder alter Gruppenmitglieder in folgender Weise deklariert wird: „Aus Verantwortung für unsere Basisbewegung kannst Du nicht die Rechte eingeräumt bekommen, die uns zustehen."

Verlustängste
Macht geht immer einher mit Prestige und durchaus auch mal mit Liebesverlust. Machtverlust bedeutet Prestigeverlust. Um diesen Schmerz zu verhindern, können unterschiedliche Mittel eingesetzt werden. Sind diese sekundär, sind jedoch Sozialprestige (Ansehen in der eigenen oder in einer anderen Gruppe) und Prestigeverlust primär. Die geringe Bereitschaft, sich spontan im NEUEN FORUM zu äußern, hängt mit der Angst vor Prestigeverlust und der Hoffnung auf Prestigegewinn zusammen. Prestige verschafft mir Einfluß und Macht. Wird aber das Reden über Macht abgewertet oder gar tabuisiert, minimiert sich auch die Risikofreudigkeit, um Macht und Prestige zu gewinnen.

Unterdrückung
Die mit ihren Machtbedürfnissen und ihren Wünschen nach Prestigegewinn Vertrauten sind eher wählbar innerhalb und außerhalb der Gruppe. Denn sie kennen sich selber gut, besitzen ausreichend Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen, sie können sich schnell sachlichen Aufgaben zuwenden, da sie auch nebenbei ihre Bedürfnisse nach Macht und Prestige befriedigen, sie halten sich für die Besten und wissen, daß alle anderen auch die Besten sein wollen, und sie wissen, daß Verantwortung ohne Macht unzufrieden macht.
Sie werden auch mit anderen quer durch alle Parteien und Basisgruppen leichter Kompromisse schließen können, weil sie nicht um ihre Macht zu zittern brauchen. Der Kompromiß schränkt ihre Macht und ihren Einfluß ein. Doch es werden nicht die Möglichkeiten genommen, anderswo und in anderer Form seine Machtbedürfnisse zu befriedigen. Hört Euch Bachs Orgelmusik oder Bruckners Sinfonien an!

Dankwart Kirchner, Berlin

Recht auf Einkommen?

Konservative Wirtschaftswissenschaftler und radikale Anarchisten sind sich einig

Erich Fromm sprach sich 1966 zum ersten Mal für ein garantiertes Grundeinkommen aus. Das bedeutet: Jedem Menschen steht ein existenzsicherndes Grundeinkommen (ESG) zu, ohne daß der Staat den einzelnen den eigenen Bedarf vorrechnet. Darin sieht auch der Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman, der die konservative ordoliberale Schule des Monetarismus begründet hat, einen Vorteil.

Er erhofft sich von einem „Recht auf Einkommen" anstelle eines „Rechts auf Arbeit", daß auch der Arbeitsmarkt nach Angebot und Nachfrage funktionieren kann. So steht es jedenfalls in einem Grundsatzpapier einer Schweizer Initiative für ein solches Grundeinkommen.

Essen statt arbeiten

Der Anarchie ordoliberaler Marktideologen redet auch der Anarchist Peter Kropotkin das Wort: „Das Recht auf Arbeit ist günstigstenfalls ein industrielles Zuchthaus, das Recht auf Wohlstand ist die soziale Revolution." Demgegenüber werden einem gewissen Herrn Lenin und dem Apostel Paulus gleichermaßen zugeschrieben: „Wer nicht will arbeiten, soll auch nicht essen." Der Mensch ist faul, der Mensch ist schlecht: Mit einem ESG. Die Menschen können ihren Lebensplan freier gestalten, zum Beispiel Bildungszeiten frei wählen. Der Zwang, jede gesundheitsgefährdende Arbeit anzunehmen, wäre aufgehoben. Wer sich politisch in der Gesellschaft betätigen will, wäre sozial abgesichert.

Essen ist Menschenrecht

Dem Recht auf Einkommen, also der Forderung nach einem existenzsichernden Grundeinkommen für alle Menschen, liegt ein anderes Menschenbild zugrunde, als es bei der bisherigen Sozialpolitik der Fall ist. Mit dem ESG soll die soziale Versorgung durchschaubarer werden und ökologischen und kulturellen Anforderungen gerecht werden. Arbeit und Einkommen werden voneinander entkoppelt, so daß zum Beispiel auch Frauenarbeit in der Familie mit einem Einkommen entlohnt wird.

EG-Vorbild: Deutsches System

Zwischen den beiden extremen Positionen zum ESG — soziale Hängematte für jedermensch versus soziale Grundlage für die freie Entfaltung der Persönlichkeit — steht eine Initiative der EG-Kommission vom 7. Mai 1991. Danach soll allen EinwohnerInnen der zwölf EG-Länder ein Mindesteinkommen garantiert werden. Sozialleistungen sollen dann fällig werden, wenn die Einkünfte unter einen staatlich festgelegten Schwellenwert absinken. Die Kommission denkt dabei an das deutsche oder dänische Modell. Das deutsche Sozialsystem ist allerdings durch zahlreiche Versicherungsbürokratien und demütigende Antragsstellungen bei der Sozialhilfe gekennzeichnet.

Negativsteuer

Viel einfacher sieht das ordoliberale Modell einer Negativsteuer aus: Wer kein eigenes Einkommen hat, bekommt einen Betrag vom Finanzamt ausbezahlt. Wenn das selbst erwirtschaftete Einkommen eine festgesetzte Schwelle überschreitet, dann setzt die Einkommensteuerpflicht ein. In New York und Seattle wurde bereits mit diesem Modell experimentiert. Diese Form des ESG nimmt allerdings keine Rücksicht auf die unterschiedliche Produktivität der einzelnen Wirtschaftssektoren.

Weitere Informationen:
Siegfried Geißler MdL
NEUES FORUM Thüringen

Erklärung zum Selbstverständnis der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziale Politik im NEUEN FORUM

Auf ihrem Treffen am 8. Mai 1993 in Berlin diskutierte die überregionale AG Arbeit und Soziale Politik im NEUEN FORUM nochmals ihr Selbstverständnis. Ausgangspunkt der gemeinsamen Arbeit sind die Beschlüsse des Bundesforums in Güntersberge vom Juni 1992. Folgende Punkte sind für uns besonders wichtig:

1. Die AG Arbeit und Soziale Politik im NEUEN FORUM ist eine offene Arbeitsgemeinschaft, in der alle gleichberechtigt mitarbeiten, auch wenn sie nicht Mitglieder des NEUEN FORUM sind.
2. Die AG unterstützt konsequent die Lohnabhängigen mit und ohne Arbeit in der Verteidigung ihrer Lebensinteressen (wie Arbeitsplätze, Lohn, Sozialleistungen, Wohnen).
3. Die immer brutaleren Angriffe der Reichen und Mächtigen in Wirtschaft und Politik auf das soziale Gefüge in Deutschland bedrohen die Lebensgrundlagen breiter Teile der Bevölkerung. Konsequente Unterstützung der Lohnabhängigen kann daher heute nur heißen, das Erreichte kompromißlos zu verteidigen und einseitig an deren sozialen Forderungen festzuhalten.
4. Ziel unserer Arbeit ist, daß die jeweils Betroffenen ihre Interessen selber vertreten. Kamen doch bisher alle Erfolge bei der Sicherung von Arbeitsplätzen, Tarif- und Sozialleistungen nur durch die Mobilisierung und den Kampf der Basis zustande. Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit liegt daher darin, Protest- und Widerstandsaktionen zu unterstützen und die in ihnen vertretenen Forderungen praktisch durchsetzen zu helfen.

Berlin, den 8. Mai 1993

Bezahlbaren Wohnraum sichern

Der Einigungsverrtag verhindert eine eigenständige Wohnungspolitik im Osten Deutschlands

Die Sorge um die bezahlbare Wohnung ist neben der Gefährdung der Arbeitsplätze und der Massenarbeitslosigkeit zu einem existentiellen Grundproblem geworden. Daß die Miet- und Wohnungspolitik ganze Bevölkerungsschichten bedroht und zunehmend ins soziale Abseits drängt, wird zwar viel diskutiert, aber Massenproteste wie in der Tarif- und Beschäftigungspolitik kommen nur selten zustande.

Den Tücken und Ungerechtigkeiten des bundesdeutschen Rechtssystems - vor allem mit seinen gewalttätigen Eigentumsansprüchen - und der zwangsweisen Anpassung des ostdeutschen Wohnungswesens an die kapitalistische Immobilienpraxis stehen die Mieter/innen vereinzelt und hilflos gegenüber.

Gnadenloses Experiment

Das marktwirtschaftliche Experiment ist inzwischen in der gnadenlosen Wirklichkeit angekommen: Die Mieter/innen befinden sich in Abhängigkeit von Wohngeld und Sozialhilfe, in Angst vor der nächsten Mieterhöhung und in Ohnmacht vor dem bürokratischen Apparat und ständig neuen Rechtsunsicherheiten.

Bankrottpolitik der DDR

Jahrzehntelang hat die SED-Propaganda verlautet, die „Wohnungsfrage als soziale Frage" bis 1990 zu lösen. Entstanden sind die Schlafstädte in der bekannten Plattenbauweise, wie zum Beispiel in Berlin-Marzahn oder Rostock-Lichtenhagen. Kritik an dieser ökonomisch, sozial und ökologisch verfehlten Wohnungspolitik, die die schlimmsten Sünden bundesdeutscher Bauweise mit zehnjähriger Verspätung wiederholte, wurde als staatsfeindlich gebrandmarkt. Konsequenz dieses inzwischen erneut sanierungsbedürftigen Bauens auf der grünen Wiese, war die massenhafte Vernichtung von Wohnraum in den Innenstädten durch Leerstand, Verfall und Abriß. Gerade dagegen hatte sich seit Mitte der 80er Jahre Widerstand aus der Bevölkerung in Initiativen und Aktionen entwickelt. Deshalb verband sich auch mit der Revolution im Herbst 1989 die Forderung und Hoffnung nach einer von den Menschen ausgehenden und von den Bewohnern mitbestimmten Wohnungspolitik.

Folgen des Einigungsvertrages

Stattdessen kam durch das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung" der quälende und absurde Prozeß zur Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse wie vor 1945, der die Gerichte bis ins Jahr 2020 beschäftigen wird. Statt Aufbau sind Stagnation und Chaos die unmittelbaren Folgen. Andererseits beschloß die Bundesregierung in zwei Schritten Mieterhöhungen um etwa 700 Prozent, mit denen die Grenzen der sozialen Belastbarkeit erreicht oder sogar überschritten wurden.

Konstruierte Altschulden

Die im Einigungsvertrag konstruierten Altschulden brachten die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften um ihre Kreditwürdigkeit. Damit wurden notwendige Investitionen für Sanierung und Instandsetzung verhindert und der öffentliche Wohnungssektor vom privaten Kapitalmarkt abhängig.

Ergebnisse dieser Politik:
- Westmieten bei Oststandard und Osteinkommen sowie ständig neue Mietforderungen;
- weiterer Verfall von Wohnraum, bei gleichzeitiger Bedrohung durch private Luxusmoderniesierung;
- Zusammenbruch des ostdeutschen Wohnungsbaus durch den fast vollständigen Rückzug der Öffentlichen Hand.

Die Bürger/innen Ostdeutschlands müssen auf diese Weise für den Zustand der Wohnungen und Häuser zum zweiten Mal zahlen: vor 89 mit niedrigerem Lebensstandard, heute an die Eigentümer und Banken.

Mit den Beschlüssen der SPD, der CDU und der FDP sowie aller Landesregierungen zum „Solidarpakt" wurde der ostdeutschen Wohnungspolitik ein erneuter schwerer Schlag versetzt.

Im Interesse der Spekulanten

Die Bundes- und Landesregierungen folgten offenbar dem Druck der Lobby von Spekulanten, Banken und Immobilienmaklern. Die „Teil-Entschuldung" der kommunalen Wohnungsgesellschaften wurde an die Bedingung der Privatisierung von 15 Prozent des kommunalen Wohnungsbestandes geknüpft. Weit über 400.000 Wohnungen wären von dieser Privatisierungswelle betroffen. Eine weitere Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum und allgemeine Mietsprünge wären die unmittelbaren Folgen. Außerdem verlangen die „Restschulden" eine zusätzliche Mieterhöhung von einer Mark pro Quadratmeter spätestens ab 1995, oder die notwendigen Sanierungsarbeiten bleiben weiter auf der Strecke.

Forderungen:

Jede Wohnungspolitik muß an folgende Forderungen anknüpfen:
- Beibehaltung der Mietpreisbindung im Osten über das Jahr 1994 hinaus und keine weiteren Beschaffenheitszuschläge 94;
- dauerhafte Sicherung des kommunalen Wohnungsbestandes und der Belegungsrechte — keine weitere Privatisierung von Mietwohnungen; Weigerung der Kommunen, Zwangsprivatisierungen durchzuführen;
- bundes- und landesfinanzierte Programme zur Sanierung der innerstädtischen Wohnungsgebiete, unabhängig von Eigentumsvorbehalten;
- Verbot des Kaufs und Verkaufs von Rückübertragungsansprüchen als eines der perversesten Auswüchse des Eigentumsrechts;
- Wohnungsbauprogramme im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.

Roland Baron
NEUES FORUM Berlin

Ein Brief der Grünen(Ost)

In einem Offenen Brief haben nun Vertreter des Bündnis 90 und der Grünen (Ost) die Mitglieder des NEUEN FORUM zur Zusammenarbeit eingeladen. So löblich dieser Vorschlag ist, stellt sich doch die Frage, welchem Ziel dient er?
Offensichtlich geht es den Autoren um die Einheit (und Geschlossenheit ?) der bürgerbewegten Gruppierungen. Sie fürchten „ein wachsendes Gegeneinander" der Bewegungen, nennen aber nicht die Ursachen dafür. Vielmehr ist von der „guten Zusammenarbeit" im Bundestag die Rede; die Zustände in den Landesparlamenten werden verschwiegen.
Deshalb wünschen sich die Bürgerbewegten, jetzt schon über „Wahlprogramme für 1994 nachzudenken." Vielen Dank, liebe Freunde, aber danach ist uns noch nicht zumute! Wir glauben, es existieren dringendere Probleme als ein Fahrplan in den Bundestag. Aber vielleicht gibt es eine simple Erklärung für diesen Brief an die hochgeschätzten Mitglieder des NEUEN FORUM: Werbebrief zum Eintritt in das Bündnis 90/Grüne, wie er der Einfachheit wegen im Geschäftsführenden Ausschuß der AL in Berlin hieß.
Sven Lüders, Berlin

aus dem Brief ans NEUE FORUM:

„Liebe Freundinnen und Freunde im NEUEN FORUM, wir haben eine gemeinsame Vergangenheit und Gegenwart, die gemeinsame Fraktion in der Vokskammer, gemeinsames Antreten zu Landtagswahlen und am Ende zur Bundestagswahl in der Listenverbindung Bündnis 90/Die Grünen. Die Bundestagsgruppe arbeitet seitdem in Bonn in vielen Dingen gut zusammen. Zu den Themen Ökologie, Demokratie, Frauenpolitk, Abrüstung, Nord-Süd, Sozialabbau, West-Ost-Schieflage sind viele Anfragen, Gesetzentwürfe und Vorlagen entstanden und haben die Bundesrepublik mitgeprägt...Unsere neue Organisation ist offen für jede Form von Partnerschaft und Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des NEUEN FORUM. Auch deshalb ist das NEUE FORUM die einzige Organisation (im Sinne des Parteiengesetzes), zu der unsere neue gemeinsame Satzung Doppelmitgliedschaften zuläßt..."

Grüne fordern Kampfeinsatz

Gerd Poppe und Lukas Beckmann wollten Parteitagsbeschluß

Vom 14.-16. Mai 1993 fand in Leipzig der „Vereinigungsparteitag" von Bündnis 90 und Die Grünen statt. Im Vorfeld dazu hatte der Bundestagsabgeordnete Gerd Poppe vorgeschlagen, die Auseinandersetzung um Für und Wider von Militäreinsätzen (vor allem im ehemaligen Jugoslawien) zu thematisieren. Hintergrund war die von ihm aufgestellte Forderung, durch eine UNO-Militärintervention in Bosnien-Herzegowina zum Ende des Krieges beizutragen. Zahlreiche Vertreter des NEUEN FORUM und die Bundestagsabgeordneten Ingrid Köppe und Christina Schenk (UFV) haben sich deutlich gegen diesen Versuch der militärischen Eskalation gewandt. Nach ihrer Auffassung birgt ein Eingreifen internationaler Truppen vielmehr die Gefahr einer Verschärfung des Konfliktes in sich.

Das NEUE FORUM lehnt jede Form militärischer Einsätze in Bosnien-Herzegowina ebenso wie an jedem anderen Ort dieser Welt ab. Gerade jetzt, wo endlich das Embargo konsequenter realisiert wird und erste politische Wirkungen zeigt, bedeutet die Forderung nach Kampfeinsätzen die endgültige Absage an zivile Konfliktlösung und untergräbt alle Bemühungen um eine politische, nichtmilitärische Beendigung des Krieges. Wir sind entsetzt über den Einstieg Poppes und Beckmanns in die lebensvernichtende Logik militärischen Denkens.

Friedensbewegung diffamiert
Die Behauptung Beckmanns, daß „das Festhalten an Gewaltfreiheit zur ideologischen Propaganda verkommt", ist eine Diffamierung der Friedensbewegung insgesamt und insbesondere all derjenigen, die im Krisengebiet mit ihrer pazifistischen Grundhaltung aktive Hilfe für die vom Krieg Betroffenen leisten.
Das NEUE FORUM ist nach wie vor der Überzeugung, daß ein Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien den Konflikt weder lösen noch einen dauerhaften Frieden schaffen kann. Ein militärisches Eingreifen würde weiteres Blutvergießen bedeuten und die Gefahr kriegerischer Eskalation auf dem Balkan vergrößern.
Das NEUE FORUM wird weiterhin mit allen Friedensbewegten die Anwendung nichtmilitärischer Mittel zur Konfliktaustragung und -lösung fordern und sich an ihrer Verwirklichung beteiligen.

Für das **NEUE FORUM**:
André Andrich, Sachsen
Friedemann John, Sachsen-Anhalt
Roland Baron, Berlin
Dieter Kohl, Thüringen
Bernd Florath, Berlin
Max Raudszus, Meckl.-Vorp.

Der **Unabhängige Frauenverband (UFV)** und die **Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär** schließen sich dieser Erklärung an.
Für die Kampagne:
Christian Herz
Für den UFV:
Marinka Körzendörfer

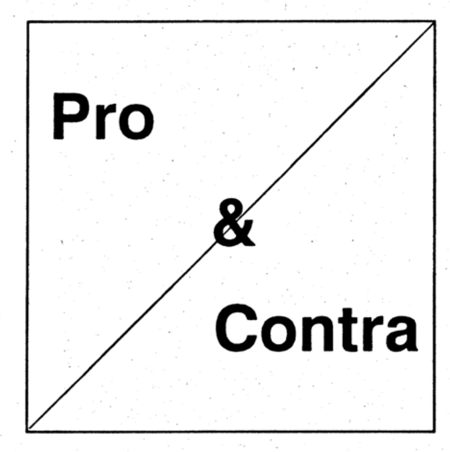
Erklärung von Ingrid Köppe und Christina Schenk:

Wir distanzieren uns von der Forderung Grüner und Bündnis-90-Politiker, mit einem Kampfeinsatz Frieden in Bosnien-Herzegowina schaffen zu wollen. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, daß ein solcher Kampfeinsatz keine Konflikte löst, insbesondere den Krieg in Bosnien-Herzegowina nicht beenden wird, sondern vielmehr dazu beiträgt, den Ausstieg aus der Logik von militärischem Denken und Handeln zu blockieren.

Nicht-militärische Konfliktlösungsstrategien existieren seit langem. Uns empört besonders, daß Waffengewalt zum sogenannten 'alternativen Politikverständnis' der neuen Partei Bündnis 90/Die Grünen gehören soll.

Wählen lassen oder nicht?

Es gibt im NEUEN FORUM derzeit drei Haltungen zu der Frage, ob es zu den Bundestags- und Europawahlen antreten soll: Die einen lehnen eine solche Kandidatur grundsätzlich ab, andere wollen allein als Bürgerbewegung antreten, eine dritte Gruppe will mit dem Bündnis 90/Grüne über eine gemeinschaftliche Kandidatur verhandeln. Bärbel Bohley und Sven Lüders stellen Argumente gegenüber, um die Diskussion zu versachlichen: Für und gegen die Beteiligung an den Wahlen sprechen viele Gründe. Wichtig ist, sich ständig dieser Gründe zu vergewissern und zu überlegen, was man im Parlament anders machen will, wie man im Parlament als Bürgerbewegung arbeiten will und warum man überhaupt ins Parlament will. Vorschläge:
- **Bürgerbewegung will keine politische Macht, sondern Machtkonzentration verhindern und kontrollieren.**
- **Um der Fraktionierung im Parlament vorzubeugen, müssen parteiunabhängige Abgeordnete ins Parlament.**
- **Bürgerbewegte Abgeordnete dürfen keine Fraktion bilden und keine Koalition eingehen.**
- **Das NEUE FORUM sollte es als Bundesverband ablehnen, für den Wahlkampf Geld auszugeben.**



Pro

1. Zur Demokratie gehört auch die Opposition, die im Parlament deutlich sichtbar vertreten sein muß.

2. Zur Mitgestaltung des politischen Lebens darf man nicht auf die parlamentarische Arbeit im Bundestag verzichten. Ohne Einfluß von oben läßt sich grundsätzlich nichts ändern, außerdem ist das Parlament auch ein Ort der politischen Schulung.

3. Oft werden wir gefragt, ob wir wieder zu den Wahlen antreten. Die Bevöllkerung hat eine Erwartungshaltung an das NEUE FORUM, die nicht enttäuscht werden darf. Außerdem gilt es auch, den verkrusteten Parteien etwas Neues entgegenzustellen. Die Wähler sind von den Parteien enttäuscht und suchen nach anderen politischen Vertretern.

4. Im Parlament ist der Zugang zur Öffentlichkeit über die Medien leichter.

5. Im Parlament ist der Zugang zu Information leichter.

6. Damit die Strukturen des NEUEN FORUM erhalten bleiben, müssen wir aus finanziellen Erwägungen zur Wahl antreten. Die Bürgerbewegung ist wichtig und wenn wir gegenüber Parteien benachteiligt werden, müssen wir selbst für unser Recht sorgen.

7. So wären wir endlich gezwungen, unsere Aktivitäten auch in den Westen auszuweiten, dort liegt ein großes Potential für die Bürgerbewegung brach. Viele Bürgerinitiativen, ehemalige Parteimitglieder sind von der Politik enttäuscht und suchen Alternativen.

Contra

1. Die Teilnahme an Wahlen beschränkt die Möglichkeiten, eine klare oppositionelle Haltung zu beziehen, weil damit schon das System akzeptiert wird; nicht nur die Fünf-Prozent-Klausel, Wahlkampf, Wahlkampfrückerstattung, sondern auch Grundsätze, zum Beispiel: Abschaffung des staatlichen Gewaltmonopols, Umverteilung von Macht.

2. Die Opposition hat zu wenig Rechte, im Parlament laut zu werden. Viele Abgeordnete gehen zwar mit besten Zielen hinein, lassen sich aber leicht durch das Machtsystem korrumpieren. Einige halten sich für Pragmatiker, die nur den Umständen Rechnung tragen, wenn sie sich von grundsätzlichen Forderungen verabschieden, andere wollen ihren Status beibehalten und verhalten sich sowohl im Parlament als auch in der eigenen Organisation opportunistisch.

3. Die repräsentative Demokratie unterstützt die Neigung der Bürger, Verantwortung zu delegieren. Wir müssen die Demokratie von unten stärken. Gerade im Osten hat sich gezeigt, wie wenig die Menschen ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Stattdessen werden durch die neuen Unsicherheiten die konservativen Kräfte gestärkt. Dies bedeutet: weniger direkte Demokratie, weniger politische Teilhabe für die Bevölkerung, mehr Macht für den Staat.

4. Als kleine Gruppierung wird man von den Medien an die Wand gedrückt.

5. Eine entschiedene, außerparlamentarische, parteiübergreifende Arbeit, bringt genug Information.

6. Geld ist kein Grund, denn früher hatte die Opposition in der DDR auch keine finanzielle Unterstützung.

7. Wahlkampf legt Inhalte lahm und bindet die Organisation. Wir würden letztendlich unserem Anliegen schaden. Diese Situation ist sicher zu den übernächsten Bundestagswahlen eine andere, jetzt sind wir viel zu schwach, Wahlkampf zu machen und uns gleichzeitig nach dem Westen auszuweiten.

Drehscheibe für Kommunalpolitik

Erfahrungen austauschen, erleichtert die Arbeit

Die Schwierigkeiten von Abgeordneten bei der Arbeit in Kommunalparlamenten dürften überall gleich oder ähnlich sein: Überlastung, Parteiengezänk, mangelnde Rechtskenntnis, Frustration über Erfolglosigkeit, Profilierungssucht einzelner Persönlichkeiten...

Was kann man tun, um an dieser Stelle Abhilfe zu schaffen? Das Sprichwort sagt: „Wenn Du nicht mehr weiter weißt, dann gründe einen Arbeitskreis." So ähnlich sieht auch der Vorschlag aus, den Grüne, Neues Forum und Bündnis 90 bereits im Sommer vergangenen Jahres ihren Abgeordneten gemacht haben: Die Gründung einer Kommunalpolitischen Vereinigung (KopoV).

Was kan KopoV leisten?
Mit der KopoV soll die Arbeit in Parlamenten vereinfacht werden. Wie funktioniert das? Die KopoV ist eine Informations-, Bildungs- und Nachrichten"börse" (IBNB), die speziell auf die Bedürfnisse in Kommunalparlamenten zugeschnitten ist. In einer Geschäftsstelle werden alle Informationen, Anträge und Anfragen aus allen Kommunen zu Themen gesammelt, zum Beispiel zur Kreisgebietsreform, Bürgerbegehren, Haushaltsfragen, Abfallwirtschaft, und an die anderen Abgeordneten weitergegeben.

Die Geschichte der Lisa M.
In der Gemeinde Adorf soll eine Müllverbrennungsanlage (MVA) gebaut werden. Die Abgeordnete Lisa M. von der Fraktion „Norddeutsche Füchse" (NF) in Adorf soll in der Gemeindevertretung darüber entscheiden, hat aber von Müllverbrennung keine Ahnung. Sie ruft bei der KopoV an und fragt nach Materialien zu diesem Thema. Dabei erfährt sie, daß etwa vor einem halben Jahr die Abgeordneten in der Gemeinde Befeld genau das gleiche Problem hatten und sich erfolgreich dagegen zur Wehr setzen konnten. Das Büro der KopoV schickt Lisa M. alle verfügbaren Infos, Anträge und Erfahrungen nach Adorf. Lisa M. liest sich alles genau durch und weiß jetzt auch, warum zum Beispiel MVAen grober Unfug sind. Gemeinsam mit ihrer Fraktion modifiziert sie den Antrag aus Befeld und bringt ihn in die Gemeindevertretung in Adorf ein. Ergebnis: Der Antrag der Fraktion NF ist so überzeugend, daß auch die Vertreter der Gemeinde Adorf einsehen, daß eine MVA nicht der richtige Weg zur Lösung ihrer Müllprobleme ist.

Idee neu beleben
Da seit der Gründungskonferenz im Herbst 1992 nicht mehr viel an diesem wichtigen Punkt passiert ist, soll jetzt noch einmal der Versuch der Belebung unternommen werden. Wichtigste Voraussetzung dazu ist aber eine möglichst vollständige Adressenliste der Abgeordneten im bürgerbewegt-grünen Spektrum.
Wer Interesse an der Arbeit einer solchen Vereinigung hat, melde sich am besten sofort im Landesbüro:

NEUES FORUM
Mecklenburg-Vorpommern
Tel. 0381/23471
Fax. 0381/23916

Erbpacht als Modell

Die Stadt Malchow diskutiert derzeit ein bodenpolitisches Konzept mit dem Ziel, stadteigene Grundstücke verstärkt über die Vergabe von Erbbaurechten zu nutzen. Ein fünfseitiges Strategiepapier kommt zu dem Schluß:
„Das Erbbaurecht ist ein geeignetes Instrument kommunaler Boden- und Baupolitik. Leider scheinen vor allem die Kommunen in den neuen Bundesländern derzeit den Verkauf von Flächen zu favorisieren, obwohl ihnen die Bedeutung einer langfristig angelegten Bodenpolitik bewußt ist. Malchow könnte hier ein Zeichen setzen. Insbesondere, soweit eine Kommune bereits erheblichen Grundbesitz hat und nicht erst wie im Westen teuer erwerben muß, ergeben sich hier mit dem Erbbaurecht schon fast ideale Anwendungsmöglichkeiten."
Als Beispiel für die Nutzung der Erbpacht im Sinne einer familienfreundlichen kommunalen Strukturpolitik nennt das Papier Nutzungsauflagen, die dem Erbbauberechtigten eine bestimmte Höchstmiete vorschreiben. Insgesamt will die Stadt so die Preise auf dem Wohnungsmarkt niedrig halten. Weitere Informationen:
Joachim Stein, Tel. 039932/731

Betonmischer

Der Mai war gekommen, und Krause trat zurück. Für das NEUE FORUM kommentierte Johann-Georg Jäger das politische Versagen des ehem. Verkehrsministers.

Wie kaum ein anderer hat Günter Krause das Bild des „Ossis" im Westen geprägt. Sein politisches Bestreben galt nicht einer solidarischen Gesellschaft mit mehr Beteiligung ihrer Bürger an den Entscheidungen, sondern der Beschleunigung des Autoverkehrs und dem Demokratie-Abbau. Eine dringend notwendige Wende in der Verkehrspolitik wurde von ihm immer wieder maßgeblich blockiert. Erinnert sei hier vor allem an seine für den PKW unsinnige Autobahngebühr und seinen heftigen Widerstand gegen die notwendige Mineralölsteuererhöhung und die Einführung einer überfälligen Geschwindigkeitsbegrenzung auf den deutschen Autobahnen.

Seine „Abstaubermentalität" stößt auch hier im Osten auf große Ablehnung. Wir hoffen, daß sich auch der Landesverband der CDU von seinem Vorsitzenden trennt und wünschen Günter Krause, daß er einen Platz in unserer Gesellschaft findet, der allen nützt und seinen Neigungen gerecht wird - vielleicht als Chef eines Betonmischwerkes.

Mahnwache vor dem Roten Ochsen

Fünf Tage Gefängnis für ein Adventfrühstück auf dem Baugelände - Mahnwache für Erika Drees

Drei Stendaler Atomkraftgegner, die Ärztin Erika Drees aus Altmarkstadt, Malte Fröhlich aus Stendal und Christiane Müller aus Berlin haben Anfang Mai eine fünftägige Haftstrafe abgesessen. Ihnen wurde vorgeworfen, im Dezember 1990 ein Feld des Drahtzaunes um die Baustelle des Atomkraftwerkes Stendal, die wenige Monate später stillgelegt worden ist, symbolisch abgebaut und auf dem Gelände ein Adventfühstück hergerichtet zu haben.

Der AKW-Gegnerin Dr. Erika Drees hatte die Justizkasse einen zweimaligen Gang in den Roten Ochsen beschert. Die „Straftat" des Frühstückens auf schwedenstahlgesichertem Baugelände kostete bei dem Stendaler Amtsgericht fünf Tagessätze. Die Zahlung dieser Geldstrafe hatte Drees verweigert, allerdings hatte sie die fälligen Gerichtskosten gezahlt. „Die Stendaler Justiz rechnete nun — rechtswidrig — diese Zahlung auf die Geldstrafe an", erläutert Friedemann John in einer Presseerklärung der Bürgerinitiative Energiewende Stendal, „obwohl von der 'Delinquentin' auch bei dieser Gelegenheit eindeutig erklärt wurde, daß sie ihre Strafe nicht zu bezahlen bereit sei." Daher büßte sie im ersten Anlauf nur einen Teil der Ersatzhaft ab und mußte am 14. bis 16. Mai für weitere Tage in den 'Roten Ochsen' in Halle.

Absicht oder Schlamperei?

Dazu hat Friedemann John einige Fragen: „Versucht die — mit solchen Prozessen und dahinterstehenden Motivationen sicher noch unvertraute — Justiz in Sachsen-Anhalt, mit solchen Taktiken widerständige BürgerInnen doppelt abzustrafen? Oder verbirgt sich nur eine — durch nichts zu rechtfertigende — Schlamperei hinter diesem Vorgang?" Pikanterweise hatte Erika Drees eine gute Öffentlichkeit bei ihrem „ersten Anlauf" im Roten Ochsen. Bei einem Besuch des Alterspräsidenten des Anhaltiner Landtags Heinz Hildebrandt (FDP) im Hallenser Gefängnis mußte er eine Mahnwache erblikken. Auf einem Schild wurde erläutert, daß Drees bereits 1958 neun Monate lang in Stasi-Haft gesessen hatte. Hildebrandt - früher selbst dort inhaftiert und heute Landesvorsitzender der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VdS)" - zeigte sich betroffen.

Der 71-jährige Hildebrandt besuchte die Räume im 'Roten Ochsen', in denen eine Gedenkstätte errichtet werden soll. Als er die Gedenkstätte verließ, saß Erika Drees noch ein. „In jedem Fall ist zu erwarten, daß sich die Justiz in diesem Land noch häufiger mit derartigen Prozessen und Straftaten wird beschäftigen müssen, denn gewaltfreier Widerstand ist nach wie vor nötig. Daran werden auch solche Verurteilungen nichts ändern; im Gegenteil erhöhen sie oft nur die Motivation, den Widerstand gegen einen Staat, der nach wie vor per Gesetz größeres Unrecht sanktioniert, fortzusetzen." zieht Friedemann John für die BI Energiewende Stendal Bilanz.

Alles weitere bei:

NEUES FORUM Sachsen-Anhalt

Intimsphäre Deckname

Namen auf IM-Listen: Ein Tabu in der Mediengesellschaft?

Wann ist eine Person mit Kontakten zum Staatssicherheitsdienst ein Inoffizieller Mitarbeiter (IM)? Mit dieser Frage will sich die 4. Zivilkammer des Landgerichtes Halle eingehender befassen und hat deshalb einen Vertreter der Gauck-Behörde als Zeugen geladen.

Hintergrund sind natürlich die sogenannten IM-Listen-Prozesse in Halle. Zwölf Personen haben gegen das NEUE FORUM Halle geklagt, ihre Namen auf den Listen mit 4.500 IM zu schwärzen. Die Listen lagen im FORUM-Büro aus, nachdem etwa 30 Exemplare in der Stadt kursiert waren und von der Bild-Zeitung zur öffentlichen Bloßstellung einzeln herausgepickter Personen mißbraucht worden waren.

Das Angebot einer öffentlichen Diskussion zur kollektiven Aufarbeitung, das das NEUE FORUM Halle allen Betroffenen gemacht hatte, spielt bei den Prozessen keine Rolle mehr. Die 4. Zivilkammer will nun die Einzelfälle genauer prüfen. In zwei anderen Fällen sollen nach dem ersten Urteil die Namen auf den Listen geschwärzt werden. Grund: Die Persönlichkeitsschutzrechte der einzelnen Listenbewohner wiegen höher als das „öffentliche Interesse" an dem Wissen, daß eine Person als IM bei der Stasi geführt wurde.

Grundsatzfrage

Daß die Abwägung dieser beiden Rechtsgüter grundsätzlichen Charakter hat, zeigt die von CDU und SPD neuerlich inszenierte Debatte über die Pressefreiheit. Weil einzelne Medien im Privatleben von Politikern herumstochern, sollen JournalistInnen grundsätzlich schärfer bestraft werden, die in die Intimsphäre von Personen des öffentlichen Lebens eindringen.

Allerdings werden die Richter, die die IM-Listen geschwärzt wissen wollen, einige argumentative Eiertänze vorführen müssen. Denn die Teilnahme am öffentlichen Leben, besonders in staatstragenden Funktionen, ist für die Öffentlichkeit nicht tabu. Eine Liste mit den Namen der Delegierten eines Parteitages, nebst ihrer Partei-Ämter und ihrer Bezüge als Mitglieder in Aufsichtsräten darf durchaus veröffentlicht werden. Allerdings würden bei solchen Listen kaum Decknamen auftauchen. Das scheint das Intime am IM zu sein.

Die Sommer-Ausgabe des Bulletin wird sich mit dem Bundesforum in Prerow befassen. Beiträge sendet bitte an die
Redaktion NEUES FORUM
Friedrichstr. 165
O-1080 (10117) Berlin

Basisfraktion in Brandenburg

Die Fraktion Bündnis 90 im Brandenburgischen Landtag hat sich auf einer Klausurtagung in Buckow nach der Spaltung des Bündnis 90 neu definiert. Der Landessprecherrat des NEUEN FORUM hatte zuvor gefordert, die Fraktion in NEUES FORUM oder Bürgerbewegung umzubenennen. Der Grund: Nur das NEUE FORUM besteht in der Form fort wie bei der Landtagswahl 1990, alle anderen Organisationen haben sich in der Zwischenzeit aufgelöst. Außerdem wollte der Landessprecherrat je ein Mitglied in den Potsdamer Koalitionsausschuß und in den Fraktionsvorstand entsenden.
Lediglich die Forderung, Carmen Kirmes zur Stellvertreterin des wiedergewählten Fraktionschefs Günter Nooke zu wählen, wurde erfüllt. Die Fraktion trägt seit dem 30. April den Namen „Bündnis". In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich die Mitglieder der Bündnis-Fraktion für die Weiterführung der gemeinsamen Arbeit aus und bekannten sich zur Stolpe-Koalition: „Die Fraktion bleibt somit ein verläßlicher und berechenbarer Koalitionspartner von SPD und FDP."

Wähler als Basis

Das Selbstverständnis erläutern die beiden Minister und die fünf Abgeordneten so: „Die Fraktion versteht sich als Interessenvertretung ihrer Wählerinnen und Wähler, nicht einer Partei oder politischen Organisation. Die Fraktion ist - mehr als zu Zeiten ihrer Gründung im Oktober 1990 - ein Zweckbündnis unabhängiger Bürgerinnen und Bürger auf Zeit. Die Fraktion arbeitet insofern auch unabhängig vom NEUEN FORUM, dem einzigen Rechtsträger aus der Zeit der Listenaufstellung, der neuen Partei Bündnis 90/Die Grünen und sich neu gründenden BürgerBündnissen."
Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde Rolf Wettstädt, in den Koalitionsausschuß wurde das ehemalige Mitglied der SED-Kreisleitung Potsdam Peter Schüler gewählt.

Den Boden unter den Füßen verloren

Kommentar zur neuen Schieflage der alten Bündnis-Fraktion

Es ist ein Spezifikum der Politik und der Politiker, für alles Erklärungen zu haben. Jedes Ereignis oder Ergebnis wird immer so interpretiert, wie es in das entsprechende Bild der jeweiligen Politiker am besten paßt. Das trifft auch für die Fraktion Bündnis 90 in Brandenburg zu.
Die Fraktion hat sich gleich nach ihrer Konstituierung von ihrer Basis gelöst. Ihr Bestreben war, sich eine eigene Partei aufzubauen, die sie auch dominieren konnte. Nun hat die neu aufgebaute Basis der Fraktion den Gehorsam versagt. Statt das erneute Angebot des NEUEN FORUM aufzunehmen, als Basis der Fraktion zu fungieren, hat die Fraktion jetzt den Wähler als Basis ausgemacht. Danach müßte „der Wähler" ja jetzt auch den Platz im Koalitionsausschuß besetzen. Da die Fraktion dies aber selbst wahrnimmt, ist die Argumentation wenig überzeugend. Diese Fraktion fühlt sich nur sich selbst verpflichtet!

Damit ist das Ende dieses einzigen Experimentes der Beteiligung von Bürgerbewegung an Regierungsverantwortung abzusehen. Keine Basis - keine Wiederwahl. Sieben Leute machen Regierungspolitik. Das nenne ich Basisdemokratie! Leute, Leute, was ist aus uns geworden?!
Wie viele Drehungen und Wendungen kann der Mensch machen, ohne seine Identität zu verlieren? Die Wähler, die derzeitige Basis also, sehen diese „erfolgreiche Regierungsbeteiligung" inzwischen etwas anders. Laut Infas würde das Bündnis 90 in Brandenburg noch neun Prozent bekommen. Vielleicht führt das zum Nachdenken. Auch in einer Klausur kommt man aus dem Blickwinkel der Käseglocke nicht heraus. Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Weiterwursteln ist angesagt. Dieses Elitedenken ist das, von dem wir wegwollten. Aber wenn man sich mit Politik einläßt, bleiben die Hände halt nicht sauber. Das ist etwas, was wir angeprangert haben: Macht- und Pfründeerhalt um jeden Preis. Nicht nur Fraktions- und Parteivorsitz in einer Hand - nein: Fraktion und Partei sind identisch. Schaut nach in den Grundsätzen der Bürgerbewegung, die ihr unterschrieben und mitausgearbeitet habt. Ihr werdet Euch nicht wiedererkennen.
Die Zeit der Kompromisse und Konzessionen ist vorbei. Wahrhaftigkeit ist angesagt, wenn wir unser Image als etwas anderes und Neues in der Politik bewahren wollen. Zur Zeit ist die Politik dieser Fraktion meilenweit davon entfernt. Es gibt nur einen Ausweg: Die Koalition zu verlassen, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Nur so wird es wieder legitimierte Abgeordnete geben, und wir behalten das Heft des Handelns in der Hand! Wer den Boden unter den Füßen verloren hat, wird auf die Nase fallen!

Detlef Grabert, MdL

Spenden für Flüchtlinge

In der ersten Woche im Mai sind die lang erwarteten bosnischen Kriegsflüchtlinge in Eberswalde eingetroffen, teilte Doreen Meinecke vom NEUEN FORUM Eberswalde mit. Die Stadtverordnetenversammlung hat für ihre Betreuung 100.000 DM zur Verfügung gestellt. Um die bosnischen Kriegsflüchtlinge bis zum Ende des Krieges versorgen und eventuell noch weitere Flüchtlinge aufnehmen zu können, hat die Fraktion Grüne Partei/NEUES FORUM ein Spendenkonto eingerichtet.
Weitere Informationen:

Doreen Meinecke
NEUES FORUM Eberswalde

Spendenkonto für bosnische Flüchtlinge in Eberswalde:
Kontonummer 111 123 4406
bei der Volksbank Eberswalde

Der andere Blick auf Europa

Hilfe und Unterstützung für unabhängige Gruppen im Südosten Europas

In lockerer Folge wird Detlef W. Stein künftig über die inhaltliche Arbeit des Fachforums SÜDOSTEUROPA berichten. Den Anfang macht er jetzt mit seinem Tätigkeitsbericht. In den kommenden Ausgaben wird er über eine Reise nach Makedonien berichten, wo er im April diesen Jahres mit zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens gesprochen hat.

Die gesellschaftspolitischen Transformationsprozesse zum Aufbau demokratischer Gesellschaften in Südosteuropa verlaufen in allen postkommunistischen Staaten langsamer, als noch vor zwei Jahren prognostiziert. Der furchtbare Krieg im ehemaligen Jugoslawien dauert an, und eine Lösung, die für alle ethnischen Volksgruppen tragbar wäre, ist noch immer nicht in Sicht!

Informationslücken schließen

Der Westen schaut diesem Elend mehr oder weniger unbeteiligt zu und beschäftigt sich vor allem mit sich selbst. Unsere deutsche Presse informiert nur gelegentlich aus den Balkanstaaten, und ein Informationsdefizit wollten wir deshalb mit der Veranstaltungsreihe SÜDOSTEUROPA - AKTUELL schließen. Es werden in dieser Gesprächsreihe die verschiedenen Aspekte des gesellschaftspolitischen Umbruchs in den Gesellschaften von Fachleuten angesprochen und zur freien Diskussion gestellt.

Gesprächsabende und Konzert

Im letzten Jahr führten wir zehn öffentliche Gesprächsabende im Haus der Demokratie durch. Für dieses Jahr werden wenigstens 20 Abendveranstaltungen zu den Problemen der südosteuropäischen Staaten dem geneigten Publikum präsentiert.

Im Mai 1992 führten wir in Zusammenarbeit mit der Initiative zur Unterstützung der Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien ein großes Benefizkonzert in der Gethsemane-Kirche durch. Selbstverständlich arbeiten wir auch mit anderen Gruppen und Organisationen zusammen, die eine ähnliche Aufgabenstellung haben, zum Beispiel mit dem Südosteuropa-Kulturverein, dem Literarischen Atelier Berlin-Mitte oder der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Informationsreisen

Die materiell-technische Basis der verschiedenen Bürgerinitiativen und unabhängigen Verbände in den postkommunistischen Staaten ist ungenügend, deshalb entschloß sich unsere Arbeitsgruppe, einen Technik-Hilfstransport für diese uns freundschaftlich verbundenen Gruppen zu organisieren. Nach zehnmonatiger Vorbereitungszeit und in Zusammenarbeit mit der Stiftung Buntstift sind wir im August 1992 für vier Wochen mit einem LKW zunächst nach Bukarest und dann weiter nach Sofia gefahren. Die Freude über die von uns eingesammelte Second-Hand-Technik, welche nun zur Verteilung kam, war überall sehr groß, und wir entschlossen uns nach der Rückkehr in Berlin, einen weiteren Transport im kommenden September zu starten.

Aufarbeitung

Im Juni 1993 werden wir zusammen mit dem Verband für stalinistische Opfer in Europa HELP auf der nächsten Arbeitstagung des „Forum für Aufklärung und Erneuerung" in Leipzig eine spezielle Arbeitsgruppe zur Problematik der Aufarbeitung des Stalinismus/Kommunismus in den Ländern Südosteuropas anbieten. Für den November ist ein Symposium zur Kosovo-Problematik vorgesehen, im Dezember sollen die Probleme der Republik Makedonien im Mittelpunkt einer öffentlichen Veranstaltung stehen und diskutiert werden.

Detlef W. Stein
Fachforum SÜDOSTEUROPA

Neue Verfassung kommt zu früh

Die Berliner Abgeordnete Irena Kukutz zog vor dem Berliner Abgeordnetenhaus eine Zwischenbilanz der Arbeit der Verfassungskommission. Nachfolgend einige Auszüge aus ihrer Rede:

Obwohl die sozialen Probleme auch im Westteil der Stadt zunehmen, sind die im Ostteil weitaus größer. (...)daß der Staat so weit wie möglich zurückgedrängt werden soll, darf nicht bedeuten, ihn aus der Verantwortung zu entlassen. Deshalb brauchen wir eine klare Bestimmung der Staatsziele und die Verstärkung der sozialen Grundrechte in der Verfassung(...)

Die Verankerung der Bürgerbewegung in der Verfassung hat keine Mehrheit in der Enquête-Kommission gefunden (...)

Deshalb fordern wir, daß der Artikel 19 der Ost-Berliner Verfassung in die Gesamt-Berliner Verfassung Eingang findet: *„Vereinigungen, die sich öffentlichen Aufgaben widmen und auf die öffentliche Meinung einwirken, genießen als Träger freier gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle den besonderen Schutz der Verfassung."*

Dies wird von etlichen Abgeordneten als Zerstörung gewachsener westlicher Strukturen verstanden (...)

Wir wollen, daß sich der einzelne Bürger fortwährend in seine Angelegenheiten einmischen kann. Dies muß sich in der Verfassung widerspiegeln (...)

Wir brauchen zwar eine neue Verfassung, aber diese darf nicht ohne intensive Bürgerbeteiligung zustande kommen. Und so fragen wir uns heute, ob die Zeit für eine neue Verfassung tatsächlich schon reif ist. Wir befinden uns noch im Prozeß der Wiedervereinigung, und die neue Situation muß erst analysiert werden. (...)

Sehr schnell haben in allen gesellschaftlichen Bereichen diejenigen wieder an Boden gewonnen, die in der DDR politische Verantwortung hatten.

Turbulentes Landesforum

NEUES FORUM Thüringen will mit Offener Liste zur Landtagswahl alleine antreten — Ulrich Barth ruft Schiedskommission wegen dieser Entscheidung an.

Heftige Turbulenzen hat der Beschluß des Landesforums Thüringen vom 24./25. April in Mihla, zu den Landtagswahlen 1994 als „NEUES FORUM/Offene Liste" anzutreten, ausgelöst. Landessprecher Ulrich Barth, der inzwischen aus dem NEUEN FORUM ausgetreten ist, hat die Bundesschlichtungsstelle angerufen, weil er in dem Beschluß einen Verstoß gegen die Grundsätze sieht. Für den Bundeskoordinierungsrat wurden Grudrun Berg aus Weimar, Thomas Brauer aus Altenburg und Landesgeschäftsführer Dieter Kohl nominiert.

Dem Landesforum lagen bei der Schlußabstimmung zwei Anträge und ein Ergänzungsantrag zum Wahlverhalten der Bürgerbewegung vor. Christine Schild beantragte für die Basisgruppe Weimar, daß die Kandidaten des NEUEN FORUM Thüringen zu den Landtagswahlen 1990 gemeinsam mit den Kandidaten von Bündnis 90/Grüne antreten sollte. Dies wurde mit 26 gegen zwei Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag „Die Bürgerbewegung NEUES FORUM Thüringen stellt sich zur Landtagswahl den Wählern als "NEUES FORUM Thüringen/Offene Liste" mit 23 gegen 6 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Diesen Antrag wollte die Arbeitsgruppe Wirtschaft, vertreten durch Landessprecher Ulrich Barth, ergänzt wissen um den Halbsatz: „wenn von anderer Seite kein akzeptables Abgebot (z. B. Wahrung der Autonomie, Anteilige Wahlkampfkostenrückerstattung) kommt." Dieser Zusatz wurde mit 20 gegen 9 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Grundsätze verletzt?

Barth vertritt die Ansicht, daß die Grundsätze das NEUE FORUM zu Verhandlungen zwingen. Unter Punkt 4 heißt es dort: „Vor Wahlen werden Verhandlungen mit dem Ziel geführt, eine Konkurrenz der Bürgerbewegung auszuschließen." Zudem führte er in der Diskussion an, daß die inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der - inzwischen vereinigten Partei - Bündnis 90/Grüne und dem NEUEN FORUM minimal seien. Auch Differenzen in der Frage eines militärischen Eingreifens außerhalb der NATO bei den Grünen könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein großer Teil der Grünen für pazifistische Grundpositionen eintrete.

Zuerst Presse informiert

Bevor Barth in der Grundsatz-Frage die Schiedskommission angerufen hatte, informierte er darüber die Presse. Daraufhin wiesen die Landtagsabgeordneten Siegfried Geißler und Matthias Büchner sowie Landesgeschäftsführer Dieter Kohl den Vorwurf eines Verstoßes gegen die Satzung zurück. Es würden derzeit Verhandlungen mit dem Ziel, eine Konkurrenz der Bürgerbewegung auszuschließen, geführt. Als Beispiele nennen sie den Landesverband der Freien Wähler, den Bund der Zwangsausgesiedelten aus dem Grenzgebiet der DDR und das Bürgerkomitee Thüringen.

Zu den Wahlen für den Bundeskoordinierungsrat wurden Thomas Brauer und Dieter Kohl mit je 29 Stimmen und Gudrun Berg (26 Stimmen) nominiert, als NachrükkerInnen Kathrin Harder (25 Stimmen), Christian Petzold (24) und Ulrich Barth (18). Die Wahlen zum Landessprecherrat wurden auf das nächste Landesforum verschoben, weil nicht aus allen Regionen Kandidaten mit Wahlprotokoll vorlagen. Alle neu vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden bis zur Neuwahl in den weiteramtierenden Landessprecherrat kooptiert.

Gewaltenteilung aufgehoben

Das Landesforum Thüringen in Mihla lehnte einmütig die vorliegende Form der Kommunalordnung, des Kommunalwahlgesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes (OBG) ab. Die Kommunal-Gesetze sehen eine ungewöhnliche Konzentration legislativer und exekutiver Macht in den Händen von Bürgermeistern und Landräten vor. So sollen sie als direkt Gewählte den kommunalen Parlamenten und sämtlichen Ausschüsse vorsitzen. Außerdem sollen künftig keine „Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger" in den Ausschüssen mitberaten dürfen.

Das OBG bezeichnete der Landtagsabgeordnete Siegfried Geißler als „Stasiausführungsgesetz", Matthias Büchner sprach von einer „Privatpolizei für Bürgermeister": Den Kommunen sollen nach dem geplanten OBG ohne richterlichen Beschluß Hausdurchsuchungen und körperberührende Durchsuchungen anordnen können. „Damit wird die Gewaltenteilung praktisch aufgehoben. Die Bürgerbewegung NEUES FORUM wendet sich grundsätzlich gegen solche antidemokratischen Bestrebungen. Diese Gesetze verhöhnen die Ziele der Bürgerbewegungen von 1989."

Kurz und bündig

Das Landesforum in Mihla hat sich für eine **Ausweitung** des NEUEN FORUM **in den Westen** Deutschlands ausgesprochen. Siegfried Geißler schlug vor, dies auf dem Bundesforum in Prerow zu thematisieren.

Auch beim **Abbau der Tarifautonomie** drohe Ostdeutschland zum Übungsplatz der Nation zu werden. In Eisenach baut Opel die modernste Autofabrik. Gemessen an der Produktivität müßte Opel Eisenach mehr als 100 Prozent des Westlohns zahlen, sobald das Werk fertig ist. Der Konzern droht aber mit der Verlagerung der Produktion nach Spanien, damit die Löhne niedrig bleiben.

Neue Formen der Kandidatenkür suchen

Umfangreiches Pflichtprogramm des Landesforums — Arnold: Wir müssen eigene Fehler bekennen

Das Landesforum Sachsen hat am 22. Mai in Borna den Landessprecherrat aufgefordert, mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu verhandeln. Über die Form der Kandidatur bei den nächsten Landtagswahlen wird im Oktober entschieden. Zum Themenschwerpunkt hat sich der sächsische Landesverband des NEUEN FORUM die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gestellt.

Der Leitantrag des Landessprecherrates zu den Wahlen 1994 ließ die Entscheidung über das Verhalten des NEUEN FORUM offen. Die Landtagsabgeordnete Cornelia Matzke, die in der sächsischen Fraktion des Bündnis 90 mit Redeverbot belegt ist, betonte: Das NEUE FORUM müsse eine neue Form der KandidatInnensuche anwenden, um sich von den Parteien zu unterscheiden. Arbeitskreise und Bürgerinitiativen müßten vor Wahlen konkrete Forderungen an die Politik formulieren. Dabei müßten dann die Kandidaten gefunden werden, die die Interessen der Bevölkerung in die Parlamente hineintragen.

Nein zur schwarzen Ampel

Nach zweistündiger Debatte beantragte Michael Arnold, daß der LandessprecherInnenrat in Verhandlungen mit den Grünen prüfen soll, ob eine gemeinsame Kandidatur möglich ist (5:2 angenommmen). Bei den Grünen in Sachsen war in den letzten Monaten von einer „schwarzen Ampel", also einer CDU-FDP-Grünen-Koalition die Rede. Einer solchen Koalition hat das Landesforum eine Absage erteilt, indem es „ein klares NEIN zu Wahlbündnis oder Koalition mit CDU und PDS" (Leitantrag) sagte.

1990 als Chance verpaßt

Einigkeit herrschte in der Diskussion darüber, daß der Landesverband Sachsen derzeit nicht gefestigt genug ist, um eine alleinige Kandidatur durchzustehen. Michael Arnold stellte fest, das NEUE FORUM habe kein Standbein außerhalb des Parlamentes mehr. „Wir müssen uns eingestehen, daß wir in der Vergangenheit Fehler gemacht haben. Wie hätte es ausgesehen", fragte Arnold, „wenn wir 1990 als Chance genutzt hätten?" Auf Nachfrage des 'Bulletin' erläuterte Arnold: „Als wir das NEUE FORUM gegründet haben, standen MfS-Auflösung und die Kritik an der SED im Vordergrund. Keiner hat damals daran gedacht, die Regierung zu übernehmen." Bei keiner Partei, so Arnold, sei eine klare politische Linie zu erkennen. Die Meinungsbildung im Parlament ändere sich aber, wenn sich „draußen etwas tut. Dann bröckelt das Mehrheitskonstrukt."

ABM in feste Stellen!

Diese Erfahrung hat Cornelia Matzke umgesetzt. Die Arbeitskreise gegen Kultur- und Sozialabbau fordern: „ABM in feste Stellen". Alle anderen, zum Beispiel PDS und Gewerkschaften, hätten lediglich einen Stopp des ABM-Stopp angemahnt. Ergebnis: der Solidarpakt. Die Forderung „ABM in feste Stellen" werde jetzt in Sachsen umgesetzt. In Chemnitz hat sich die Gewerkschaft ötv diese Forderung zu eigen gemacht - gegen den Widerstand der Stuttgarter Gewerkschaftsleitung. Das Landesforum unterstützte das Notprogramm „ABM in feste Stellen" einstimmig.

Mehrheitlich nahmen die Delegierten einen Antrag für dezentrale Müllkonzepte an. An erster Stelle müßte Müll vermieden werden, erst an zweiter Stelle stünden Wiederverwendung (recycling), Lagerung oder Verbrennung von Müll. Die Kommunen müßten die vollständige Hoheit über Bau und Betrieb von Mülldeponien oder Verbrennungsanlagen haben. In der Region Borna „ist es heute leichter, eine Genehmigung für eine Sondermüllanlage als eine Gaststätten-Lizenz zu bekommen!", sagte Gudrun Jugel aus Borna. Die unsachgemäße Entsorgung von Sondermüll sei als Versuch der fahrlässigen Tötung zu werten. Über einen Beschluß zur MIBRAG berichteten wir bereits in Bulletin Nr. 19.

Einmischung adé

Vor den Wahlen verabschiedete Landesgeschäftsführer André Andrich zwei Berliner Gäste und dankte ihnen für die Einmischung in die sächsischen Angelegenheiten. Als KandidatInnen für den Bundeskoordinierungsrat wurden André Andrich, Hagen Arnold und Antje Meurers nominiert. Oliver Kloss, der vor seiner Wahl eine IM-Anwerbung verschwiegen hatte, wurde mit 5 Ja-Stimmen als Landessprecher bestätigt. Bei seiner dreimonatigen Anwerbung vor dreizehn Jahren war Kloss erst 17 Jahre alt. Er weiß nicht, ob seine Akte nach Vollendung des 18. Lebensjahres weitergeführt wurde.

Zum Wohnungsbau verpflichtet

Konsens in Dresden quer zu allen Parteien

In Dresden müssen Bauherren künftig bei allen Vorhaben „einen angemessenen Teil Wohnungen" vorsehen. Das hat die Stadtverordnetenversammlung am 29. April einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

Die Vorlage hatte die überparteiliche Arbeitsgruppe „geförderter Mietwohnungsbau" aus zwei NEUES-FORUM-Stadtverordneten der Alternativen Fraktion (AF), zwei CDU-, einem SPD-, einer AB-PDS und einer FWV-Verordneten eingebracht (siehe auch Bulletin Nr. 22). Rainer Vetter vom NEUEN FORUM wies darauf hin, daß von den 240.000 Wohnungen in Dresden 140.000 dringend renoviert werden müssen.

Die AG „Geförderter Mietwohnungsbau" wird weiter zusammenarbeiten. Ihr gehören außer den Stadtverordneten auch Angestellte der Stadtverwaltung Dresden, der kommalen Wohnungsbaugesellschaften und Bürger auf völlig freiwilliger Ebene an. So hat der Beschluß Unterstützung in Verwaltung und Wohnungswirtschaft.

Lesetips zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

1. Jahreswirtschaftsbericht 1993 der Bundesregierung kann kostenlos (aber schriftlich!) angefordert werden: Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi), Referat Öffentlichkeitsarbeit, Unter den Linden 44-60, O-1080 Berlin

2. Jahreswirtschaftsbericht der Europäischen Gemeinschaft 1993 kann angefordert werden:
Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, Kurfürstendamm 102, W-1000 Berlin 31 Tel. 030/896 09 331, Fax. 030/892 20 59, Bitte telefonisch nachfragen, ob eine kostenlose Lieferung möglich ist.

3. BMWi, Monatsbericht. Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland.
Der monatliche Wirtschaftsbericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums.

Das Verhör in der Oper

Am 16. Oktober waren vierzig Jahre seit der offiziellen Uraufführung der Oper „Die Verurteilung des Lukullus" von Bertold Brecht und Paul Dessau vergangen. Anläßlich einer Arbeitsprobe fand am 13. März 1951 eine Diskussion statt. Dieses Gespräch gehört zu den bezeichnenden Kunstdebatten in der frühen DDR.

Es zeigt sich an Hand des Protokolls, wie sehr man eigentlich aneinander vorbeiredete, und die besondere Tragik dabei war: Die Angegriffenen und die Attackierenden saßen im selben Boot und hatten jeweils mit gutem Glauben ihren Beitrag leisten wollen zu einem neuen Gesellschaftsentwurf. Brecht und Dessau waren überzeugt, daß eine neue Gesellschaft einer neuen Kunst bedürfe, die auch international auf der Höhe ihrer Zeit ist. Doch hier lag das Problem im Detail: Jene, die durch die politischen Kämpfe der zwanziger Jahre, den Widerstand, die Emigration, den Spanienkrieg und Antifaschule in Moskau gegangen waren, saßen nun in den Ministerien und Kunstkommissionen. Die von einer oft kleinbürgerlichen, ja spießigen Ästhetik geprägten Kunstfunktionäre waren angesichts der Musik Dessaus überfordert und nicht in der Lage, den künstlerischen Neuansatz zu erkennen. Dennoch nahmen sie voller Überzeugung ihre Dienstpflicht wahr, neue Kunstentwicklungen in der DDR zu bewerten und zu reglementieren.

Joachim Lucchesi
Das Verhör in der Oper. Die Debatte um Brecht/Dessau „Lukullus"
440 Seiten, 15 Fotos, Broschur
ISBN 3-86163-052-4

BasisDruck Berlin, Schliemannstraße 23, O-1058 Berlin

Ich passe nicht ins NEUE FORUM

Die Zuschrift von Gerhard Rosenberg spiegelt das Bild des NEUEN FORUM in der Öffentlichkeit wider. Doch sei ein Widerspruch erlaubt: Niemand, der die gesellschaftspolitischen Probleme treffend benennt, soll im NEUEN FORUM aus der Diskussion ausgeschlossen werden.

Leider hat sich die Geschichte nicht so entwickelt, wie es von den Bürgerrechtlern einmal erhofft wurde. Angehörige des NEUEN FORUM gehören ja auch zu den Tausenden tatsächlichen Opfern des DDR-Regiemes, während ich zu den Millionen zähle, die zwar auch nicht reisen durften, nicht das gewünschte Studium ergreifen konnten und nicht den erwünschten Beruf ergreifen konnten. Doch habe ich bewußt die DDR aufgebaut, nachdem wir unser Berlin enttrümmert hatten. In den Erkenntnissen des Faschismus waren wir Jungen von 1945 aktiv am Aufbau des Neuen beteiligt, ohne daß man uns Antifaschismus verordnen mußte, sahen wir doch die alten Nazis nach Westdeutschland ziehen.
So war für uns die DDR immer das bessere Deutschland, wie es auch Robert Havemann trotz seiner schonungslosen Kritik an den politischen Zuständen, wie er einmal schrieb, immer für das bessere Deutschland hielt. Ich wollte auch nicht in der auf Disziplin aufgebauten SED wirken und ging in eine Blockpartei, für die ich später als Archivar arbeitete und dafür meine in 20 Jahren eingezahlten Rentenbeiträge nicht erhalte, während meine früheren Vorgesetzten heute Staatssekretäre, Minister usw. der FDP sind.
Mit dieser Biographie passe ich nicht zu den Menschen des NEUEN FORUM. Auch beschäftigt sich das NEUE FORUM - aus seinen subjektiven Erlebnissen verständlich - zu sehr mit der Vergangenheit, zum Beispiel mit der Stasi. Doch das heutige System ist für mich kein Rechtsstaat, denn auch heute kann ich als frühzeitig Arbeitsloser nicht reisen, werde mit dem Rentenstrafrecht (vom Europarat als Menschenrechtsverletzung gerügt) bestraft, muß für Medikamente Geld bezahlen, habe arbeitslose Kinder und sehe als Mieterberater im Mieterverein den täglichen Terror von Vermietern (einschließlich sogenannter kommunaler Vermieter), die alte Menschen in große Not stürzen.
Für mich besteht unter den heutigen Bedingungen keine politische Gemeinschaft von mir gleichgesinnten Menschen, in der ich mich zu Hause fühlen könnte. Das NEUE FORUM, dem ich große Sympathie entgegenbringe, kann diese Heimat aus einigen der oben genannten Gründe auch nicht sein, als Angehöriger meiner Generation wäre ich darin ein Fremdkörper (oder Altlast), obwohl ich sicher bei den Wahlen nur diese Alternative habe.
Gerhard Rosenberg, Berlin

**Süchtig nach Leserbriefen ist:
Redaktion NEUES FORUM, Friedrichstraße 165, O-1080 Berlin**

Tips und Termine

Bundeskoordinierungsbüro
Sabine Schaaf
Friedrichstraße 165
O-1080 Berlin
Tel. 030/229 24 12
FAX 030/229 23 51
Presse: Tel. 030/229 25 46

3. bis 6. Juni, Prerow/Meckl., Bundesforum

Bundestag

Ingrid Köppe MdB
Bundeshaus HT 220
W-5300 Bonn 1
Tel 0228/16-74 82
Fax. 0228/16 86 660

14. bis 16. Juni 1993, Berliner Besuchergruppe in Bonn einschließlich Besuch des KoKo-Ausschusses
18. Juni 1993, 20.00 Uhr, Vortrag „Zivilcourage — gestern als Bürgerrechtlerin in der DDR, heute als Politikerin im vereinigten Deutschland", Katholische Hochschulgemeinde (KHG) Würzburg

Berlin

Landesgeschäftsstelle
Steffen Steinbacher
Friedrichstraße 165
O-1080 Berlin
Tel. 030/229 23 17
FAX 030/229 23 51

Büro der Berliner Bezirke
Rosa-Luxemburg-Straße 19,
2. Etage
O-1020 Berlin
Tel/Fax. 030/280 64 81

Tag S, 19.00 Uhr Aktionsdemonstration gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland. Definition des Tages S siehe unten.
täglich Bürgersprechstunde von 13.00 Uhr bis 19.00 Uhr, insbesondere:
montags 18 Uhr, Beratung Wehrdienstverweigerer der AG Kain Zwang
dienstags 18 Uhr, Rosa Luxemburg Straße 19, AG Arbeit und Soziale Politik Berlin
mittwochs 17.30 Uhr, Berliner Arbeitsausschuß, Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, Raum 310
1. bis 4. Juni 1993, Galerie im Haus der Demokratie, Ausstellung: Aids RelaTed/Europe in Berlin, anläßlich der 9. internationalen AIDS-Konferenz
8. Juni 1993, 19.30 Uhr, Die Vergangenheit als Zukunft? — Zur politischen Entwicklung in den postkommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropa, mit dem Schriftsteller Richard Wagner, Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, Raum 111
15. Juni 1993, 19.30 Uhr, Makedonien — eine multikulturelle Gesellschaft am Scheideweg?, Vortrag von Zejdi Dzaferi aus Skopje (Makedonien) und Detlef W. Stein, Fachforum SÜDOSTEUROPA (Berlin) mit 30-minütigem Video aus Makedonien, Haus der Demokratie, Raum 111
19. Juni 1993, ganztägig, Klausurtagung des Berliner Arbeitsausschusses, Rosa-Luxemburg-Straße 19
Neue Veranstaltungs-Reihe: „Osteuropa heute"
22. Juni **1993**, 19.30 Uhr, Das „Phänomen Shirinovski" — Porträt eines möglichen zukünftigen Präsidenten Rußlands, Vortrag des Slawisten Peter Born, Haus der Demokratie, Raum 111
Nacht vom 25. auf den 26. Juni 1993, Breitscheidplatz, „Sleep-Out", Nacht der Wohnungslosen

Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Carmen Kirmes
Storkower Straße 46/48
O-1251 Gosen
Tel. 030/55 43 51 10
FAX 030/55 43 90 95

15. Juni 1993, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Gosen, Landessprecherrat
19. Juni 1993, Koordinierungstreffen für die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, Frankfurt am Main
18. September 1993, Landesforum in Gosen

Begegnungszentrum zur Gewaltfreiheit
Eisenbahnstraße 20
O-1300 Eberswalde

An das

NEUE FORUM

Friedrichstraße 165

0-1080 Berlin

Absender:

Name: ____________________

Straße: ____________________

Ort: ____________________

Tel. 03334/22398
Fax.03334/22921

12. Juni 1993, 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr, 5. Tagung des NEUEN FORUM, der Grünen und verschiedener Bürgerbündnisse: Perspektiven für den neune Landkreis, speziell: Wahlen im Landkreis Barnim „Bündnis Barnim“, Begegnungszentrum Eberswalde

Mecklenburg/Vorpommern

Landesgeschäftsstelle
Max Raudszus
Ernst Barlach Straße 2
Tel. 0381/23 471
FAX 0381/23 916

10. Juni 1993, Vollversammlung Rostock, Vorbereitung der Kommunalwahlen, Haus der Demokratie
11. Juni 1993, 20.00 Uhr, Landessprecherrat
19. Juni 1993, Landesdelegiertenkonferenz Bündnis 90
20. Juni 1993, Gründungskonferenz Bündnis 90/Grüne
??. Juli 1993, Sommerfest

Sachsen

Landesgeschäftsstelle
André Andrich
Maternistraße 17
O-8021 Dresden
Tel. 0351/484 55 08
oder 0351/495 24 20

Sachsen-Anhalt

Landesgeschäftsstelle
Sabine Leloup
Reformhaus Halle
Große Klausstraße 11
O-4020 Halle
Tel. 0345/24686
FAX 0345/25525

19. Juni 1993, Marktplatz Halle, Fest der Begegnung, Veranstalterin: Jugendgruppe Die Bunten
25. bis 27. Juni 1993, Klausurtagung des Landessprecherrats bei Dr. Bruno Touché in O-4851 Kreischau
17. bis 31. Juli 1993, Heidecamp in der Colbitz-Letzlinger Heide

Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Dieter Kohl
Am Anger 23
O-5020 Erfurt
Tel. 0361/646 10 33
FAX 0361/646 11 88

noch bis 15. Juni 1993, „Wir wollen gewaltfrei leben“, Ausstellung mit Plakaten und Fotos, Ausstellung Schülerprojekte der Europa-Akademie Werra-Meißner, Aktionskreis für Frieden Erfurt, Johannes-Lang-Haus, Neuer Saal Spendenkonto des Aktionskreises: Nr. 436860 bei der Volksbank Erfurt (BLZ 820 942 24)

BasisDruck

Schliemannstraße 23
O-1058 Berlin
Tel. 030/448 53 74
Fax. 030/448 10 35

Blick nach draußen

24. bis 27. Juni 1993 Internationale Frauentagung in Bonn: Differenzen und Gemeinsamkeiten. Frauen aus verschiedenen Kulturen auf der Suche nach gemeinsamen politischen Perspektiven. Voranmeldung: Erziehung und Entwicklungsprozesse in der 'Dritten Welt', z.Hd. Frau Nausikaa Schirilla, FB Erziehungswissenschaften, J.W. Goethe-Universität, Postfach 111 932, 6000 Frankfurt 11

Tag S: Der Tag S ist derjenige Tag im Sommer, wenn die Medien die Truppenverlegung der Somaliahaupteinheiten melden.
Tag S: Streik aller Zivildienstleistenden, Näheres: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Tel. 030/615 00 530

Redaktionsanschrift:
NEUES FORUM
Redaktion
Friedrichstraße 165
O-1080 (10117) Berlin
Tel. 030/229 25 46
Fax. 030/229 23 51

Bitte teilt uns auf dem Info-Coupon Eure neue Postleitzahl mit. Vielen Dank

Bestellschein:

– Ich möchte Euch meine neue Postleitzahl mitteilen.
– Ich möchte das “Bulletin” regelmäßig beziehen und habe eine Spende überwiesen.
– Ich bekomme das “Bulletin” regelmäßig und möchte Euch mit einer Spede unterstützen.
– Ich habe das “Bulletin” zufällig in die Hand bekommen und möchte mehr über das NEUE FORUM erfahren.
– Bitte schickt mir Euer Sonderheft über das Asylrecht zu. 2 DM in Briefmarken liegen bei.
– Bitte informiert mich über Euren Aufruf zum Erhalt des Asylrechts.
– Bitte informiert mich über die Bosnien-Kampane des Netzwerkes Friedenskooperative

Spenden an das NEUE FORUM sind Parteispenden und wirken sich zu 50 Prozent steuermindernd aus.

Konto: 438 2386 600 bei der Berliner Bank AG (BLZ 100 200 00)